

Seilbahn oder neue Schiffsverbindung über den Zürichsee?

Weder innovativ noch nachhaltig: So beurteilt nach langer Debatte eine Mehrheit des Zürcher Stadtparlaments das Seilbahnprojekt der Zürcher Kantonalbank (ZKB).

ZüriBahn: Unsere Seilbahn für Zürich

Sinnvoller als eine Seilbahn über den See wäre nach Ansicht des Parlaments beispielsweise eine unbefristete Schiffsverbindung zwischen den zwei Seeufern.

Deshalb solle sich der Stadtrat bei der ZKB dafür einsetzen, heisst es in einem Beschlussesantrag, der am Mittwochabend an den Stadtrat mit 71 zu 39 Stimmen überwiesen wurde. Ja zum Beschlussesantrag sagten SP (mit wenigen Ausnahmen), Grüne, AL und EVP, Nein dagten FDP und SVP. Die GLP hatte Stimmfreigabe beschlossen. Bei ihr bot sich ein durchzogenes Bild.

Rechtlich bewirken wird dieser Antrag jedoch nichts. Er ermöglichte dem Parlament lediglich, das Thema im Rat zu bereden und dem Stadtrat seinen Unmut zu bekunden. Der Stadtrat hat sich bereits mehrfach positiv zum Projekt geäussert.

Im Jahr 2020 feiert die ZKB ihr 150-Jahr-Jubiläum. Die sogenannte ZüriBahn soll ab dann während fünf Jahren als Verbindung zwischen Landiwiese und Blatterwiese von Seeufer zu Seeufer verkehren. Die Seilbahn mit 18 Gondeln für je 24 Personen soll rund 2000 Fahrgäste pro Stunde und Weg transportieren. Die Investitionen liegen zwischen 50 bis 80 Millionen Franken.

Die Argumente, welche im Stadtparlament vorgebracht wurden – nicht innovativ, nicht nachhaltig, nicht quartierverträglich, nicht landschaftsfreundlich –, waren nicht neu. Sie deckten sich grösstenteils mit den Anliegen der Gegner – etwa des Vereins Pro Badi Mythenquai-, der eine entsprechende Petition eingereicht hatte.

Die Befürworter der Seilbahn – FDP und SVP – wiesen vor allem darauf hin, dass es sich um ein Geschenk an den ganzen Kanton handle, nicht nur an die Stadt Zürich. Viele würden sich darüber freuen. Die ganze Debatte im Stadtparlament sei reine Zeitverschwendung und in keiner Art und Weise ein Zeichen an die ZKB, nochmals über die Bücher zu gehen. (sda)

Publiziert am Donnerstag, 10. Januar 2019